

«Das Oberengadin wäre eine unglaublich starke Gemeinde»

Die Bündner Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner wünscht sich, dass die Region in dieser Frage einen Schritt weiterkommt

Ende Jahr wird der Kreis Oberengadin zu Grabe getragen. Die EP/PL hat sich mit Regierungsrätin Barbara Janom Steiner über die Vor- und Nachteile der Gebietsreform aus Oberengadiner Sicht unterhalten. Und über eine mögliche Gemeindefusion.

RETO STIFEL

Engadiner Post: Frau Janom Steiner, mit dem Oberengadin verschwindet auf den 1. Januar 2018 auch der letzte Kreis. Zeit für Wehmut oder froh, dass die Gebietsreform damit abgeschlossen ist?

Barbara Janom Steiner*: Das Ende der Kreise auch als Aufgabenträger, und dies spätestens auf den 1. Januar 2018, war schon seit einiger Zeit klar. Während der Übergangsfrist konnten bedarfsgerechte Strukturen geschaffen werden. Heute bin ich vor allem froh, dass die Umsetzung, auch in der Region Maloja, reibungslos über die Bühne gegangen ist.

Mit dem Ende des Kreises endet auch die Ära des Kreisrates, des Oberengadiner Parlaments. Wichtige Entscheide, die bisher von einem breit abgestützten Gremium getroffen wurden, liegen nun alleine in der Kompetenz der Gemeindepräsidenten. Ist das richtig?

Es entspricht dem Willen des kantonalen Gesetzgebers – notabene auch der Mehrheit des Bündnerischen Stimmvolks –, dass die Regionen eine schlanke Struktur aufweisen und dass eine enge Verbindung zwischen den Gemeinden und der Region besteht. Dies hat insbesondere mit der sogenannten fiskalischen Äquivalenz zu tun: Entscheide auf Regionsebene müssen meist durch die Gemeinden finanziert werden, was entsprechende Beschlüsse auf Stufe der einzelnen Gemeinden bedingt, allenfalls Gemeindeversammlungsbeschlüsse oder Volksabstimmungen.

«Immer mit Widerständen rechnen»

Das Oberengadin hat sich vor drei Jahren gegen die Anschlussgesetzgebung ausgesprochen. Die Organisationsstruktur, die ab dem 1. Januar gilt, muss also gegen den Willen der Stimmberechtigten übernommen werden?

Wir erinnern uns: Am 23. September 2012 konnte das Bündner Stimmvolk ein erstes Mal über die Gebietsreform abstimmen, dies im Rahmen der dazu nötigen Teilrevision der Kantonsverfassung. Das Resultat war deutlich: 62,6 Prozent sprachen sich für die Revision aus. Am 30. November 2014 wurde über die Anschlussgesetzgebung abgestimmt. Auch hier fand die Vorlage gesamtkantonal eine deutliche Zustimmung. Nach ausgiebiger Debatte, insbesondere über die Organisationsvorgaben, haben die Bündner Stimmberechtigten in einer den ganzen Kanton betreffenden Angelegenheit eine deutliche Sprache gesprochen.

Dennoch, das Oberengadin hat sich gegen die Anschlussgesetzgebung ausgesprochen, und es gibt immer noch viele kritische Stimmen. Vor allem deshalb, weil mit dem Ende des Kreises ein Modell begraben werden muss, welches bestens funktioniert hat.

Es ist immer mit Widerständen zu rechnen, wenn Veränderungen anstehen. Es hat ja niemand behauptet, dass das Mo-



Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner hat die Umsetzung der Gebietsreform im Kanton eng begleitet.

Foto: Olivia Item, «Die Suedostschweiz»

dell des Kreises Oberengadin nicht funktioniert hat. Der fundamentale, föderalistische Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt!» wurde aber nicht beherzigt. Der Kreis konnte etwas beschliessen, was die Gemeinden – unter Umständen auch gegen ihren Willen – zu zahlen hatten. Ich bin überzeugt, dass das neue Modell auch die noch kritischen Stimmen im Oberengadin überzeugen wird. Gerade wenn ich an die laufende Richtplanung denke, wo Lage und Grösse der Bauzonen über die Gemeindegrenzen hinweg abgestimmt werden müssen, ist es von Vorteil, dass die Wissens- und Entscheidungsträger der Gemeinden an einem Tisch sitzen und ihre Verantwortung wahrnehmen können.

Bei einem Besuch der Region Maloja im Frühjahr dieses Jahres haben Sie festgestellt, dass alles gut funktioniert und die Ballung der Macht bei den Gemeindepräsidenten sich bewährt hat. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Bei meinen Besuchen in sämtlichen Regionen des Kantons konnte ich mich davon überzeugen, dass die elf Körperschaften, die seit 2016 operativ tätig sind, einwandfrei funktionieren. Die Umsetzung der Gebietsreform ist im Wesentlichen reibungslos vonstatten gegangen. Das Gefäss der Präsidentenkonferenz hat sich bewährt. Die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten haben die Kompetenzen, Entscheidungen rasch herbeizuführen und diese auch gegenüber ihrer kommunalen Stimmbewölkerung zu vertreten.

«Elf Körperschaften funktionieren reibungslos»

Im Oberengadin wird der Tourismus in eine AG überführt, der Flughafen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinden, das Spital in eine Stiftung, der öffentliche Verkehr in einen Gemeindeverband. Wer hat da den Überblick?

Die Region hätte auch als Träger der bisherigen Kreisaufgaben dienen können, sie wurde aber offensichtlich nicht als geeignetes Gefäss für die entsprechende Aufgabenerfüllung eingeschätzt.

Letztlich hat sich auch die Stimmbewölkerung der Oberengadiner Gemeinden mit jeweils grossen Mehrheiten davon überzeugen lassen, dass andere Aufgabenträger geeigneter erscheinen. Den Überblick schaffen die Gemeinden nicht zuletzt mit einem erweiterten Anhang zur Jahresrechnung, welcher mit der Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 an Bedeutung gewinnt.

Ein wesentlicher Grund für die Gebietsreform war der überstrukturierte Kanton mit seinen rund 400 Zweckverbänden. Das sind jetzt Stiftungen, Aktiengesellschaften oder Gemeindeverbände. Einfacher ist es nicht geworden.

Mit der Gebietsreform wurde die sogenannte mittlere Ebene vereinfacht, spricht: die 39 Kreise, 14 Regionalverbände und 11 Bezirke auf 11 Regionen reduziert.

Der grosse Hebel, Formen der interkommunalen Zusammenarbeit auflösen zu können und damit die Autonomie der Gemeinden zu erhöhen, besteht nicht im Rahmen der Gebietsreform, sondern in der Gemeinde-reform. Eine Fusion im Oberengadin würde zu einer grossen Strukturbereinigung führen.

Diese Gremien verfügen zum Teil über mehr Finanzkompetenzen als ein Gemeindevorstand. Ist das gut?

In diesem Bereich besteht für die Regionen ein Handlungsspielraum. Der Souverän der Regionsgemeinden hat diesen Spielraum durch die Zustimmung zu den Statuten sanktioniert ...

... dem Stimmbürger blieb keine andere Wahl ...

Die Stimmbürger erkannten, dass die gemeindeübergreifende Organisation auch den finanziellen Handlungsspielraum braucht, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die Gemeinden haben aber das Zepter, auch das finanzielle, weiterhin in der Hand, zum Beispiel, wenn sie mit der Region Leistungsvereinbarungen abschliessen oder diese eben nicht abschliessen wollen. Die wichtigsten Entscheidungen finden also auf Stufe Gemeinde statt. In diesem Sinne relativieren sich die Finanzkompetenzen in der Region.

Eine grosse Gefahr besteht darin, dass das Ganze zum Jekami wird. Wenn S-chanf, als Beispiel, in vier Jahren der Meinung ist, der Flughafen ist nicht so wichtig, kann die Gemeinde aus dem Vertrag und damit aus der Finanzierung aussteigen.

Die Regierung stellt fest: Die im Vorfeld der Gebietsreform befürchtete Entsolidarisierung in Bezug auf die Aufgabenerfüllung durch die Region ist nicht eingetreten. Auch wenn bei den nicht kantonal vorgegebenen Regionsaufgaben die Gemeinden frei sind, ob sie die jeweilige Aufgabe der Region zur Erfüllung überlassen möchten, hat sich eine freiwillige Solidarität eingespielt.

Im Falle des Flughafens Samedan beschloss jede Gemeinde ein Gesetz über die Förderung des Regionalflughafens Samedan und stimmte dem Wechsel von einer selbstständigen öffentlichen Anstalt des Kreises zu einer solchen der Gemeinden des Kreises Oberengadin zu. Ein eindrückliches Bekenntnis zum Flughafen wurde auch in der Kreisabstimmung vom März 2017 mit dem Verpflichtungskredit über 8,5 Mio. Franken geleistet.

«Eine Fusion wäre eine strategische Option»

Ein Punkt, der immer wieder kritisiert wird, ist die fehlende Transparenz der neuen Gremien. Kreisratssitzungen waren öffentlich, die Präsidentenkonferenz ist es nicht. Wie beurteilen Sie das?

Transparenz lässt sich auf verschiedene Arten herstellen. Ich habe festgestellt, dass sich die Behörden grosse Mühe gegeben haben, ihre Bevölkerung regelmässig und umfassend über die Umsetzung der Gebietsreform und die Tätigkeit der Region zu informieren. Die neue Organisationsform unterstreicht die Wichtigkeit der kommunalen Ebene. Und dort werden die Gemeindeversammlungen mit dem Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes öffentlich. Der kantonale Gesetzgeber hat am richtigen Ort angesetzt.

Die Präsidentenkonferenz könnte öffentlich gemacht werden, wenn die Präsidenten das wollten?

Das kantonale Recht schreibt die Öffentlichkeit der Präsidentenkonferenzen nicht vor. Es untersagt aber auch nicht, dass eine Region ihre Präsidentenkonferenz für die Öffentlichkeit öffnet, wenn diese es möchte.

Im Zusammenhang mit der Gebietsreform kommt immer wieder das Thema Fusion zur Sprache. Würde aus Ihrer Sicht eine solche für das Oberengadin unter den heutigen Bedingungen Sinn machen?

Ich habe vielfach das Argument gehört, dass das Oberengadin doch nicht fusionieren müsse, wo es doch den einzelnen Gemeinden trotz Finanzausgleich finanziell so gut gehe. Eine Fusion im Oberengadin wäre ganz klar eine strategische Option.

Eine Gemeinde Oberengadin würde Investitionsentscheide aus einer gesamtheitlichen Optik treffen, die Herausforderungen im Bereich der Raumplanung aus einem gesamtheitlichen Blickwinkel bewältigen und die wirtschaftlichen Herausforderungen im Tourismus aus einer Position der Stärke annehmen. Ausserdem könnten die von Ihnen kritisierten, verschiedenen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit aufgelöst werden. Dies würde eine Stärkung der Autonomie bedeuten.

Erst eine fusionierte Gemeinde Oberengadin wäre tatsächlich eine grosse, sprich starke Gemeinde wie sie der Kanton gerne hätte?

Eine Gemeinde Oberengadin wäre in der Tat eine unglaublich starke Gemeinde, wie sie dem Föderalismus guttäte. Und ein funktionierender Föderalismus ist in alloseitigem Interesse, gerade auch im Interesse der Gemeinden selber. Der wirtschaftliche und politische Einfluss auf den gesamten Kanton wäre durchaus beachtlich. Ich würde mir wünschen, dass das Oberengadin auch auf diesem Weg einen Schritt weiterkommt.

*Barbara Janom Steiner ist seit 2008 Regierungspräsidentin. Sie ist Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden und aktuell Regierungspräsidentin.